

# Hohenstein-Grustthaler Tageblatt

## Anzeiger

Ersteinst  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55  
durch die Post Mk. 1,82 frei in's Haus.

Inserate  
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,  
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruxdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Gröbach,  
Pirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruxschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

## Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Hohenstein-Grustthal.  
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortsschaften.

Nr. 283.

Donnerstag, den 5. Dezember 1901.

51. Jahrgang.

Der in der Robert Adolf Schubert'schen Konkursmasse in Oberlung-  
witz auf den 5. Dezember 1901 angelegte

### Versteigerungstermin

findet nicht statt.

An.

Der Concursverwalter.

Donnerstag, den 5. Dezember 1901,

von Vormittags 8 Uhr ab,

wird im hiesigen Rathhause das Fleisch eines wegen ganz geringgradigem Rothlauf befallenen  
Schweines in gefochtem Zustande,

à Pfund 50 Pfg.,

öffentlich verkauft.

### Vom Landtage.

Dresden, 3. Dezember 1901.

Dresden, 3. Dezbr. Beide Kammern hielten heute kurze Sitzungen ab, in welchen Wahlen vorgenommen und einige Petitionen (ohne erhebliches Interesse für unsere Leser) erledigt wurden.

S. K. K. Der Abg. Behrens hat mit Unterstützung der konservativen Landtagsfraktion eine Interpellation eingebracht, in welcher die Königl. Staatsregierung um Auskunft ersucht wird, welche Maßnahmen sie angesichts der in größerem Umfange ausgetretenen industriellen Krisis ergriffen habe und was sie im Falle weiterer Andauer derselben zu thun gedente. Wie aus dem Wortlaut der Anfrage hervorgeht, sind die Interpellanten mit Recht der Ansicht, daß eine allgemeine Arbeitslosigkeit nicht existiert, daß also auch die Schilderungen sozialdemokratischer Blätter von dem Umfang und der Wirkung der eingetretenen Krisis übertrieben sind und zwar zum Schaden der Arbeiterklasse übertrieben sind, weil die an sich schwache Unternehmungslust durch diese Angst nur noch weiter herabgemindert wird. Auch gegenwärtig arbeiten verschiedene Industriezweige mit voller Kraft, in anderen, wie in der Kohlenindustrie haben wenigstens bis jetzt Arbeiterentlassungen nicht stattgefunden, weil die Werte auf Vorrath arbeiten lassen — von einer Geschäftsflooding, die ausnahmslos alle Betriebe betroffen hätte, kann also nicht die Rede sein. Dagegen läßt sich nicht leugnen, daß in verschiedenen Fabriken Betriebsstörungen stattgefunden haben, und daß es namentlich in den großen Städten für Gelegenheitsarbeiter an Beschäftigung fehlt und dadurch zahlreiche Familien in schwere Bedrängnis gerathen sind. Die Armenkassen, die Ortskrankenkassen werden z. B. außerordentlich stark in Anspruch genommen, einzelne der Letzteren brauchen jetzt schon ihre Reserven auf, obgleich sie ihre Leistungen beträchtlich herabgesetzt haben. Es ist also dringend zu wünschen, daß durch Vermittelung von Arbeitsgelegenheit den arbeitswilligen Leuten Verdienst verschafft wird. Nun vermögen wir zwar nicht anzuerkennen, daß es ein Recht auf Arbeit gebe, daß es also Pflicht des Staates sei, unter allen Umständen für Beschäftigung zu sorgen und zwar an dem Orte zu sorgen, wo sich der Arbeiter gerade aufhält, aber wir betrachten es doch als eine schöne Aufgabe der Allgemeinheit, Arbeitswilligen, die ohne eigene Verschuldung brotlos geworden sind, und ihren Familien in der Bedrängnis zu Hilfe zu kommen und soweit sie es vermögen, ihnen die Zeit der Geschäftsflooding überleben zu helfen. Das Eingreifen der Staatsgewalt könnte nun in der Weise geschehen, daß die Inangriffnahme schon bewilligter Bauten und zwar sowohl der Eisenbahnen als auch der Hochbauten, beschleunigt wird, und daß die Bestellungen dazu unverzüglich in Auftrag gegeben werden. Der Landtag wird auch, wie wir annehmen, nicht fargen bei der Bewilligung von Mitteln zur Ausführung weiterer Bauten, wenn die Regierung solche für notwendig hält und die Finanzkraft des Landes sie gestattet. Dem Technikerangel, der früheren Kaufungen von Regierungsstellen zufolge angeblich, einer beschleunigten Ausführung der von den Ständen bewilligten Bauten hindernd im Wege steht, könnte, wie dies in Preußen geschieht, durch Vergebung von Arbeiten an leistungsfähige Privatfirmen, die von staatlichen Organen zu überwachen wären, unschwer abgeholfen werden, unter der Bedingung jedoch, daß diese Firmen in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigen. Ingleichen könnte die Staatsregierung zu erreichen suchen, daß zu

den Lieferungen von Bedürfnissen für das Heer und die Marine auch sächsische Betriebe in größerem Umfange herangezogen werden könnten, als dies unteres Wissen bis jetzt der Fall war. Sachliche Vorstellungen in dieser Beziehung würden in Berlin wohl auf Ablehnung stoßen. Endlich steht der Regierung die Möglichkeit offen, ihren Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen geltend zu machen und darauf zu dringen, daß die Ausführung von als notwendig erkannten Bauten nicht aufgeschoben wird. Dabei würde es sich jedoch empfehlen, nicht nur auf die Behörden der großen Städte einzuwirken, sondern auch auf die Vertreter der kleinen und selbst der ländlichen Ortsschaften, weil sonst durch massenhaften Bezug in die Großstädte das Heer der dortigen Arbeitslosen noch weiter verhärtet und die nachhaltige Besserung der schwierigen Lage vereitelt würde. Arbeiterentlassungen in Staatsbetrieben sollten in der letzten Zeit wirtschaftlicher Krisis vermieden und äußersten Falles vermindert werden, den schärfsten Samen der Beschäftigten, wenn auch unter halb- oder ganzläufiger zeitweiliger Aufhebung des Betriebes, im Dienste zu behalten. Wenn aber sogar nach Inangriffnahme von minder dringlichen Unternehmungen Arbeiterentlassungen nicht zu umgehen sein sollten, so würde in erster Linie Ausländern, in zweiter Linie den Einheimischen zu kündigen sein. Man kann eine derartige unterschiedliche Behandlung nicht für ungerecht erklären, weil die Fremden zu den Kosten der Staatsverwaltung in der Regel nichts oder nur wenig beitragen, und weil die Unverheirateten sich leichter durchzuschlagen vermögen, als Familienväter, die für oft zahlreiche Angehörige Brot zu schaffen haben. Oben Staat, Gemeinden und die Arbeitgeber nach dem vorstehend entwickelten Grundgedanken vor, so wird eine Verminderung der Arbeitslosigkeit in weiterer Ausdehnung kaum eintreten und aus zahlreichen Arbeiterhäusern die drückende Noth so lange ferngehalten werden, bis in unserem Wirtschaftsleben die heftigste erhoffte Wendung zum Besseren eintritt, die jedem Arbeitswilligen ermöglicht, den Kampf um's Dasein leichter zu führen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall sein kann.

### Vom Reichstage.

Berlin, 3. Dezember 1901.

Das Haus, der Bundesrath und die Tri-  
bünen sind wieder stark besetzt. Das Andenken des  
verstorbenen Abg. Müller-Schaumburg wird durch  
Erheben von den Plänen geehrt. — Die erste Verathung  
der Zolltarifvorlage wird fortgesetzt.

Staatssekretär Graf Polakowsky: Während der  
Arbeiten an dieser Zolltarifreform überkam mich oft  
das Gefühl, mit welchem Mangel an erster Sachlich-  
keit dieses große Werk so vielfach in der Öffentlichkeit  
kritisiert worden ist. Ich selbst bin bei den Vor-  
arbeiten nur das ausführende Organ des Auswärtigen  
Amtes gewesen. Schon der frühere Staatssekretär  
v. Marschall hat die Nothwendigkeit einer Reform un-  
serer autonomen Tarifs betont. Jederzeit war es das  
Auswärtige Amt, welches die Uebereinkunft vertrat,  
daß unser bisheriger Tarif für die neuen Verhand-  
lungen mit dem Auslande nicht ausreichte, und daß es  
dazu des neuen Instruments eines verbesserten auto-  
nomen Tarifs bedürfte; auch darüber war man sich  
früher einig, daß es der Mitarbeit sachverständiger  
Männer bedürfte. Ich muß nun dem wirtschaftlichen  
Auschuß angesichts der vielen Angriffe, die man gegen  
ihn gerichtet hat, sagen, daß er mit anerkannter Wahr-

Sachlichkeit, Ruhe und Unparteilichkeit gearbeitet hat.  
(Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: „Unpartei-  
lichkeit?“ und Lachen.) Sie kennen ja doch die Ver-  
handlungen im wirtschaftlichen Ausschusse nicht; ich  
müß das doch besser wissen. Der Staatssekretär geht  
sobald auf Einzelheiten ein, so auch auf die Frage  
des Quebrachzollens. Er weist nach, daß die Auf-  
lösung großer bis jetzt in unserem Tarife vorhandener  
Sammelpositionen in viele Einzelnummern keineswegs  
eine bloße bürokratische Passion sei; andere Staaten  
haben in ihren Tarifen viel mehr Nummern, als wir  
in unserer bisherigen Tarif. Die alten Sammel-  
positionen erklären den Einblick in die Tragweite bei  
den neuen Vertragsverhandlungen. An der passiven  
Handelsbilanz, wie wir sie haben, kann nicht Anstoß  
genommen werden, denn eine passive Handelsbilanz  
ist nur der Beweis, daß unsere Industrie so stark ent-  
wickelt ist, um viele Rohstoffe aus dem Auslande be-  
ziehen zu müssen. Aber gerade auch im Zusammen-  
hange damit brauchen wir in unserem Tarife eine  
umfangreiche Aufhebung unserer Sammelpositionen in  
viele Detailpositionen, um nicht gezwungen zu sein,  
wenn wir einem Vertragsstaat bei irgend welchem  
Detail eine Konzession machen, dieselbe Vergünstigung  
anderen meistbegünstigten Staaten für die ganze  
Sammelposition in den Schoß zu werfen. Herr  
Wolfskuhr behauptete gestern, Amerika habe seine  
Schutzpolitik gegen uns wegen unserer Schutz-  
politik gegen amerikanischen Spect oder Schmalz vor-  
genommen. Das ist nicht richtig; Amerika hat seine  
Schutzpolitik vorgenommen gegen die ganze Welt;  
Amerika ist schutzlos geworden im Interesse der  
Entwicklung seiner eigenen nationalen Industrie. Ist  
dann unser Tarif überhaupt gar ein so hochschutzzöl-  
nerischer? (Rufe links: Ja!) Nein, denn unsere Zoll-  
einnahmen betragen vom Werthe unserer Einfuhr im  
Durchschnitt nur 9 Pct.; in Amerika ist der Prozent-  
satz viel höher. Man kann also nicht sagen, daß unser  
Tarif hochschutzzönerisch wäre; aber wir können na-  
türlich keine freihändlerische Dase gründen inmitten von  
Schutzzöllen. Man hat uns gesagt, wir sollten unsere  
Zölle herabsetzen, um erzieherisch zu wirken, also um  
die anderen Staaten zu bewegen, uns nachzufolgen und  
ihre Zölle ebenfalls herabzusetzen. Wir haben diesen  
ethischen Schritt schon einmal gehen beim Zucker,  
aber die anderen Staaten folgten uns nicht, und wir  
waren deshalb gezwungen, die Zuckertreppe, die wir  
erst hinabgestiegen waren, wieder hinaufzusteigen. Die  
Zölle in diesem neuen Tarif haben wir in unserem  
eigenen Interesse gemacht, und das wird uns niemand  
der sein Vaterland lieb hat, verdenken. Der Zolltarif  
ist keine politische Frage, man darf ihn auch nicht  
dazu machen; er ist lediglich eine wirtschaftliche Frage.  
Vor Eintritt in neue Handelsvertragsverhandlungen  
haben wir uns fragen müssen: Ist der bestehende  
Tarif ein geeignetes Instrument für solche Verhand-  
lungen? und wir übernahmen deshalb gern die Ver-  
antwortlichkeit für diese Reform unseres Tarifs vor  
der Geschichte und vor der lebenden Welt. Thatsache  
ist, daß unsere Landwirtschaft gerade zu der Zeit  
unseres industriellen Aufschwunges in einer sehr schwe-  
rigen Lage war. Dabei ist unsere Landwirtschaft  
unser größter Erwerbszweig, 18 Millionen sind darin  
beschäftigt. Dazu kommt noch das soziale Moment,  
daß in der Landwirtschaft auf einen Selbstständigen  
nur 2,2 Abhängige kommen, in Hüttenbetrieben über  
100 Abhängige auf 1 Selbstständigen. Das ist sozial-  
politisch sehr bedeutsam und muß uns doch alle zu  
Freunden der Landwirtschaft machen. (Zurufe links:  
Ja!) Sie sind doch auch keine Feinde der Landwirtschaft;  
Sie sind, wie Sie selbst sagen, nur Feinde einzelner Land-  
wirthe, die übermäßige Forderungen stellen. Das der  
Getreidebau jetzt nicht rentirt, ist eine Thatsache. Sie  
verweisen nun zwar den Landwirth auf die Viehzucht.  
Aber Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die  
Viehzucht nur einigermassen in einigen Landstrichen  
rentabel und daß im Uebrigen eine intensive Vieh-  
wirtschaft nicht möglich ist ohne einen intensiven Ge-  
treidebau. Ich bin mir, ehrlich gestanden, darüber im  
Zweifel, ob unsere Landwirtschaft im Stande ist, den  
Bedarf Deutschlands in Getreide zu decken. (Hört!  
Hört! links.) Ich glaube auch nicht, daß Deutschland  
mit Getreide überflutet worden ist, das wir nicht  
brauchen. Aber das bezweifle ich nicht, daß es oft  
pränumerando eingeführt wird, und daß dadurch die  
Vorräthe sich häufen und die Preise herabgedrückt

werden. Was den Fleischbedarf Deutschlands anlangt,  
so ist die Landwirtschaft durchaus in der Lage, ihn  
auf absehbare Zeit zu decken. Beiläufig stellt der  
Staatssekretär in Abrede, daß das Vieheinfuhrverbot  
einen anderen als nur rein veterinären Zweck hätte.  
Der Niedergang der Landwirtschaft ist eine hohe  
soziale und politische Gefahr, denn wenn bei der In-  
dustrie auf die Blüthe eine Zeit der Krisis folgt,  
werden zahlreiche Arbeiter brotlos und den Folgen  
davon können Sie nur vorbeugen, wenn Sie die  
Landwirtschaft in die Lage versetzen, ebenfalls mög-  
lichst hohe Löhne zu zahlen. Wenn die Landwirt-  
schaft nicht mehr die Bruttokosten deckt, kann Niemand  
mehr in der Welt Landwirtschaft betreiben. Was  
andere Staaten gethan haben, das können wir auch  
thun, und wer das nicht zugeben will, dem fehlt der  
nützliche nationale Stolz. (Stürmische Unterbrechung  
links, sodaß der Präsident wiederholt zur Klingel  
greift, um Ruhe zu schaffen.) Wer das nicht begreifen  
will, dem fehlt der Einblick in die Souveränität der  
Staaten. Die Minimalzölle haben wir eingestellt, um  
zu zeigen, was wir bei den Verhandlungen mit an-  
deren Staaten glauben vertreten zu können. Stellen  
Sie höhere Minimalzölle ein, so nöthigen Sie uns,  
höhere Sätze zu vertreten, als wir glauben vertreten  
zu können, und Sie bringen uns unter Umständen in  
die Lage, mehr leisten zu sollen als wir leisten können.  
Wir werden jedenfalls in die Verhandlungen mit dem  
Selbstbewußtsein eintreten, wie es uns nach unserer  
nationalen Entwicklung ziemt.

Abg. Spahn (Centr.) verbreitet sich über die Noth-  
lage der Landwirtschaft. Wolfskuhr habe zwar gestern  
gelagt, wir hätten in Deutschland 6000 Millionäre.  
Zawohl, aber in der Landwirtschaft gibt es keine  
Millionäre. (Gelächter links.) Ein Hauptübelstand  
für die Landwirthe sei das Abziehen der ländlichen  
Bevölkerung, das Wandern nach den Städten. Mehr  
noch als die Großgrundbesitzer litten die Bauern  
daran. Der Staat habe das größte Interesse daran,  
die Landwirtschaft mit ihren verhältnismäßig vielen  
selbstständigen Elementen vor dem Ruin zu schützen.  
In der Frage der Minimalzölle sollte man nicht den  
Bogen zu straff spannen. Diese Frage sollte man  
sorgfältig in der Kommission prüfen, denn wie uner-  
wünscht würde es der Landwirtschaft, die doch ohnehin  
schon unter den hohen Zöllen leide, sein, wenn auch  
industrielle Minimalzölle festgelegt würden. Wir haben,  
saher Redner fort, noch nie daran gedacht, daß mit  
den Zöllen, landwirtschaftlichen wie industriellen,  
weitergegangen werden solle, als es unbedingt Bedürf-  
nis ist, als es namentlich auch notwendig ist zum Aus-  
gleich der erhöhten Lasten, die unseren Unternehmen  
für soziale Zwecke auferlegt sind. Weiter plaidirt  
Redner für die Verwendung eines Theiles des Mehr-  
einkommens aus Zöllen wieder für soziale Zwecke, für  
Wittwen- und Waisen-Versorgung. Natürlich müßte  
auf die Konsumenten Rücksicht genommen werden, aber  
diese müßten ihrerseits einsehen, daß der Mittelstand,  
vor Allem der landwirtschaftlich, gestärkt werden  
müßte. Der Quebrachzoll rechtfertige sich durch das  
Erforderniß, die Eichenhölzwerke zu erhalten.  
Mit der Spezialbestimmung des Tarifs könne man  
nur einverstanden sein. Seine Freunde würden jeden-  
falls in der Kommission bemüht sein, für die verschie-  
denen Interessen einen möglichst gerechten Ausgleich zu  
finden.

Abg. Richter (fr. Vp.): Man habe seinerzeit die  
bestehenden Handelsverträge eine rettende That genannt.  
Seine Freunde seien noch heute dieser Meinung und  
nicht gewillt, ihre Ansicht zu ändern, weil eben die  
Wind umgesprungen sei. (Beifall links, Unruhe rechts.)  
Das System, welches dem neuen Tarife zu Grunde  
liege, sei bisher in Deutschland unerhört, es sei das  
System des Universalprotektionismus, ein Hinterwäldler-  
System. Uns nur auf unsere inländische Produktion  
anzuwenden, sei chinesische Politik (Heiterkeit), die zu  
unserer Weltpolitik passe wie die Faust auf's Auge.  
Noch vor Jahresfrist sei die bekannt: Aenderung ge-  
fallen: „Jeder neue Panzer ist ein Gewicht zu Gunsten  
der Freihandelspolitik“ (Heiterkeit). Jetzt steite man  
sich schon darüber, ob man überhaupt noch eine Zukunft  
haben wollen. Ja, dann streichen Sie doch die 200  
Millionen für die Schiffe gleich aus dem neuen Etat.  
Wir verwerfen diese Vorlage, weil sie unsere nationale  
Produktion und Konsumtion schädigt. Man weiß auf  
Amerika hin, aber gerade in Amerika tritt jetzt wieder

Shwein,  
g. an,  
Kwein,  
g. an,  
ginalfüllung,  
300, 350,  
160, 190.  
wein,  
Pfg.,  
Beerwein,  
Pfg.,  
it.,  
Pfg.,  
Beerwein,  
Pfg.,  
erwein,  
Pfg.,  
wein,  
Pfg.,  
meladen,  
Gelees und  
! Otto,  
19.  
der  
alle  
lgende Tage  
fen,  
nder  
das Pfund.  
le ich  
den  
espreis.  
v \*  
er Nachf.  
n Feste:  
gefidt,  
Gummi,  
für Kinder,  
maies,  
ms,  
kafsten.  
Kälte  
er, Ange  
er Auswahl  
um,  
str. 2.  
il  
a  
ittwoch, den  
General-  
erst über  
Vorstand.  
g-  
nen  
a Qualität  
currer,  
19 Markt,  
den billigen  
3.50.  
ubert  
u Hause- und  
ndlung.  
hebung.  
ner Tochter  
er Wippler  
re ich hier-  
Diekmann.  
1901.  
lage.